



**Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 28. August 2012**

Vorlagen-Nr. 12-F-33-0089

**Auswirkungen des neuen Bundesmeldegesetzes  
- Antrag von CDU und SPD vom 09.07.2012 -**

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Auswirkungen das neue Bundesmeldegesetz, welches am 28. Juni vom Bundestag beschlossen wurde, für die Landeshauptstadt Wiesbaden, insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger, haben könnte.

---

**Beschluss Nr. 0064**

Der Antrag ist durch die Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2012

Spallek  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2012

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .09.2012

Dezernat VII  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister